

„Bürger entlasten“

CDU will Straßenausbaubeiträge abschaffen

Von Lars Ruhsam

OLDENBURG. Sie zählen für die Bürger fraglos zu den ganz großen Ärgernissen im Straßenbau, von Dreck und Baulärm einmal abgesehen: Straßenausbaubeiträge. Schnell können hier fünfstellige Summen zusammenkommen, die zu einer ernststen finanziellen Belastung werden können. Grund genug, für die CDU-Fraktion über Alternativen nachzudenken.

„Immer wieder formulieren Bürger ihren Widerstand gegen Ausbaupläne, nicht zuletzt aufgrund der Ausbaubeiträge“, sagt Ratsherr Michael Rosenkranz, haushaltspolitischer Sprecher und bis 2014 Mitglied im Verkehrsausschuss, dem Gremium, in dem diese Pläne erörtert werden – und wo die Bürger ihren Unmut kundtun, wie in jüngster Zeit im Bereich Sandweg.

Die Union meint nun, einen

Weg gefunden zu haben: Oldenburg soll, wie bereits rund ein Drittel der niedersächsischen Städten und Kommunen, auf Straßenausbaubeiträge seitens der Bürger verzichten. Zur Gegenfinanzierung sollen nach Willen der CDU-Fraktion die Mittel aus der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer dienen. „Wenn Rot-Grün die Steuererhöhung schon nicht zurücknimmt, können wir die Bürger wenigstens an dieser Stelle wirkungsvoll entlasten“, so Rosenkranz. Die Ratsmehrheit hatte erst kürzlich einen Antrag der Fraktion CDU/FW-BFO auf Zurücknahme der Erhöhung abgelehnt.

Die aktuellen Zahlen aus dem Rathaus bestärken die CDU in ihrem Ansinnen. Für die Jahre 2016 bis 2019 geht die Stadt von Haushaltsüberschüssen aus, im kommenden Jahr von 5,5 Millionen. Abzüglich der erwarteten Anliegerbeiträge

in Höhe von 1,25 Millionen Euro bliebe immer noch ein Überschuss von mehr als vier Millionen rechnet Rosenkranz vor.

Die Gefahr, dass statt der Überschüsse wie im vergangenen Jahr ein Minus im Haushalt der Stadt klafft, zum Beispiel durch fehlende Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich oder sinkenden Steuereinnahmen, sieht die CDU-Fraktion, zumindest in näherer Zukunft nicht. „Oldenburg ist eine wachsende Stadt. Anhand der Prognosen sehen wir in den kommenden Jahren nur wenig Risiko. Außerdem, wenn andere Städte das hinbekommen, warum dann nicht auch wir“, meint Dr. Esther Niewerth-Baumann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Der entsprechende Antrag zur Abschaffung der Ausbaubeiträge könnte bereits in der nächsten Ratssitzung erörtert werden.